

Vorlage Federführende Dienststelle: Volkshochschule Beteiligte Dienststelle/n:	Vorlage-Nr: E 42/0077/WP15 Status: öffentlich AZ: Datum: 20.10.2008 Verfasser:												
<p>Projekt Wege gegen das Vergessen – durch das Aachen der Nazizeit Anbringung einer Gedenk- und Mahntafel am ehemaligen Gewerkschaftshaus</p>													
Beratungsfolge: TOP: __ <table border="0" style="width: 100%;"> <thead> <tr> <th style="text-align: left;">Datum</th> <th style="text-align: left;">Gremium</th> <th style="text-align: left;">Kompetenz</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>11.11.2008</td> <td>BSTVH</td> <td>Kenntnisnahme</td> </tr> <tr> <td>03.12.2008</td> <td>B 0</td> <td>Kenntnisnahme</td> </tr> <tr> <td>10.12.2008</td> <td>Rat</td> <td>Entscheidung</td> </tr> </tbody> </table>		Datum	Gremium	Kompetenz	11.11.2008	BSTVH	Kenntnisnahme	03.12.2008	B 0	Kenntnisnahme	10.12.2008	Rat	Entscheidung
Datum	Gremium	Kompetenz											
11.11.2008	BSTVH	Kenntnisnahme											
03.12.2008	B 0	Kenntnisnahme											
10.12.2008	Rat	Entscheidung											

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten trägt der Antragsteller.

Beschlussvorschlag:

1. Der Betriebsausschuss Theater und Volkshochschule nimmt gemäß § 11 Abs. 6 der Satzung für die Volkshochschule Aachen die Verwaltungsvorlage zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen zu beschließen, anlässlich der 75. Wiederkehr der Zerschlagung der freien Gewerkschaften durch die Nazis am 2.Mai 1933 in Aachen und im gesamten Deutschen Reich, im Rahmen der „Wege gegen das Vergessen“ am ehemaligen Gewerkschaftshaus in der Kleinkölnstraße 18 eine Gedenk- und Mahntafel anzubringen.

Der Ratsantrag der SPD Fraktion vom 07. Mai 2008 ist somit als erledigt zu betrachten.

2. Die Bezirksvertretung Aachen-Mitte nimmt die Verwaltungsvorlage zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen zu beschließen, anlässlich der 75. Wiederkehr der Zerschlagung der freien Gewerkschaften durch die Nazis am 2.Mai 1933 in Aachen und im gesamten Deutschen Reich, im Rahmen der „Wege gegen das Vergessen“ am ehemaligen Gewerkschaftshaus in der Kleinkölnstraße 18 eine Gedenk- und Mahntafel anzubringen.
3. Auf Empfehlung des Betriebsausschusses Theater und Volkshochschule und der Bezirksvertretung Aachen-Mitte beschließt der Rat der Stadt Aachen gemäß § 12 der Satzung für die Volkshochschule Aachen, anlässlich der 75. Wiederkehr der Zerschlagung der freien Gewerkschaften durch die Nazis am 2.Mai 1933 in Aachen und im gesamten Deutschen Reich, im Rahmen der „Wege gegen das Vergessen“ am ehemaligen Gewerkschaftshaus in der Kleinkölnstraße 18 eine Gedenk- und Mahntafel anzubringen.

Der Ratsantrag der SPD Fraktion vom 07. Mai 2008 ist somit als erledigt zu betrachten.

Dr. Linden

Erläuterungen:

Wege gegen das Vergessen

Die -Wege gegen das Vergessen-, unter der Leitung der Volkshochschule Aachen, sind die dezentrale Gedenkstätte zur NS-Zeit in Aachen. Eine Aufgabe der -Wege gegen das Vergessen- ist es, die Erinnerung wach zu halten daran, dass Menschen durch die Nazidiktatur verfolgt oder ermordet wurden aus politischen, rassistischen, weltanschaulichen, religiösen und anderen Gründen. Eine weitere Aufgabe ist es, die Auseinandersetzung zu fördern mit Ignoranz, Mitläufertum, aber auch Unterstützung, ohne die die Nazidiktatur nicht so reibungslos hätte funktionieren können. Die -Wege gegen das Vergessen- bestehen seit Beginn an aus zwei wichtigen Arbeitsfeldern:

- die Denk-Mal-Tafeln (an bislang 43 Orten in der Stadt)
- die pädagogische Arbeit

Die Erinnerung an die Zerschlagung des -Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes- am 2. Mai 1933 passt in das Gesamtkonzept der -Wege gegen das Vergessen-. Das ehemalige Gewerkschaftshaus in der Kleinkölnstraße 18 ist für die Anbringung der geeignete Ort.

Folgender Text wird vonseiten der -Wege gegen das Vergessen- vorgeschlagen:

-Hier befand sich seit 1921 das Haus der Aachener Gewerkschaften. Als am 2. Mai 1933 die Gewerkschaften von der Naziregierung verboten und zerschlagen wurden, besetzte die SA dieses Haus und verschleppte zwei Gewerkschafter, die versuchten, die Mitgliederkartei vor dem Zugriff der Nazis zu retten-

Es entstehen Kosten in Höhe von ca. 900,00 €, die auf dessen Aussage von dem Antragsteller übernommen werden.

Anlage/n:

Ratsantrag der SPD Fraktion Nr. 294/15 vom 7.Mai 2008